



## No dirty gold!

Die Welt im Goldrausch.  
Nein zum Geschäft mit dem schmutzigen Gold!



GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER



## Editorial

Die unsichere Wirtschaftslage der letzten Jahre hat einen wahren Goldrausch ausgelöst. Innerhalb von zehn Jahren hat sich der Goldpreis vervierfacht. Die Folge: In den Minen der ressourcenreichen Länder wird jedes Jahr noch mehr Gold abgebaut.

Bei der Goldförderung nehmen multinationale Bergbaukonzerne wenig Rücksicht auf die lokale Bevölkerung. Und auch für die Regierungen ist der Profit aus dem Bergbaugeschäft wichtiger als die Rechte der Lokalbevölkerung – oftmals Indigene. So werden traditionelle Landrechte bei der Vergabe von Schürflizenzen missachtet und ganze Gemeinschaften umgesiedelt. Durch die Verwendung von hochgiftigen Substanzen werden Land und Gewässer verschmutzt – und damit den Bewohnern die Lebensgrundlage entzogen.

Wenn sich die Lokalbevölkerung gegen eine Mine zu wehren beginnt, wie die Bevölkerung im peruanischen Cajamarca, riskieren sie dafür ihr Leben. Im vergangenen Juli starben dort fünf Personen bei einem brutalen Polizeieinsatz.

Der Goldrausch führt auch zu einer Intensivierung des illegalen Goldabbaus durch Kleinschürfer. Diese dringen auch in geschützte Indigenengebiete ein, wobei es immer wieder zu gewaltsamen Konflikten mit den indigenen Völkern kommt.

Die Schweiz spielt eine zentrale Rolle im Goldbusiness – sowohl im physischen Goldhandel als auch in der Veredelung des Goldes aus den Minen aus aller Welt. Etwas mehr als ein Drittel des Minengoldes wird in Schweizer Raffinerien verarbeitet. Auch Gold, das unter Missachtung der Menschenrechte und Umweltstandards abgebaut wurde. Das darf nicht sein! Denn die Schweiz darf nicht Profit schlagen aus dem Geschäft mit schmutzigem Gold.

*Eva Schmassmann, Kampagnenverantwortliche GfbV*

Die **Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)** ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für verfolgte Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und nimmt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern wahr. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national und international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO und beim Europarat.

4



## Das schmutzige Geschäft mit Gold

Das Goldbusiness ist ein lukratives Geschäft – und eines der schmutzigsten Rohstoffgeschäfte überhaupt. Mitten-drin steht einmal mehr die Schweiz.

6



## Mine Yanacocha: Der Fluch des Goldes

Die Bevölkerung im peruanischen Cajamarca wehrt sich gegen die Erweiterungspläne der industriellen Goldmine Yanacocha. Die Polizei geht dabei äusserst brutal gegen die Protestierenden vor – offenbar im Auftrag des Minenunternehmens.

7



## Illegales Gold aus Madre de Dios

In Peru laufen verschiedene Verfahren gegen örtliche Edelmetallhändler wegen Geldwäscherei und illegalen Goldraubs in der Region Madre de Dios. Das «schmutzige» Gold landete auch bei Schweizer Raffinerien

## Inhaltsverzeichnis

- |           |  |           |  |
|-----------|--|-----------|--|
| <b>8</b>  | <b>Goldrausch</b> bedroht Brasiliens <b>Indigenengebiete</b> | <b>12</b> | GfbV-Projekte und -Kampagnen                   |
| <b>10</b> | Sondergesetze für <b>Romas?</b>                              | <b>14</b> | <b>Referendum</b> gegen das <b>Asylgesetz</b>  |
| <b>11</b> | <b>Kurzinfos</b>   | <b>15</b> | <b>Service</b><br>Bücher, Filme, Ausstellungen |

**Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz GfbV, Schermenweg 154, CH-3072 Ostermündigen, Tel. 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch, Spendenkonto Berner Kantonalbank: IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1 **Redaktion:** Reto Moosmann, Katharina Stöckli **Gestaltungskonzept:** Clerici Partner AG, Zürich **Layout:** Reto Moosmann **Titelbild:** Elbuenminero/Wikimedia **Bild Rückseite:** Roma-Mädchen in Mitrovica/Kosovo (Foto: Franziska Stocker) **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8000 Exemplare **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr, Insertionstarif auf Anfrage **Nächste Ausgabe:** Februar 2013, Redaktions- und Inserateschluss: 1. Februar 2013 **Copyright:** © 2012 Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz. Die Wiedergabe von Artikeln ist bei Angaben der Quelle und Belegexemplaren an die Herausgeberin erlaubt **Druck:** gdz AG, Zürich, gedruckt auf FSC-Papier **ZEW:** Die GfbV trägt das ZEW-Gütesiegel für gemeinnützige Institutionen. Es steht für einen zweckbestimmten und transparenten Umgang mit Spenden.



## ➤ Das schmutzige Geschäft mit dem glänzenden Edelmetall

**Das Goldbusiness ist ein lukratives Geschäft – und eines der schmutzigsten Rohstoffgeschäfte überhaupt. Immer wieder kommt es im Zusammenhang mit dem Goldabbau zu Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen. Mittendrin in diesem schmutzigen Geschäft steht einmal mehr die Schweiz.**

Das Geschäft mit Gold boomt und der Goldpreis ist so hoch wie noch nie seit den 1970er Jahren. Letztes Jahr erreichte der Goldpreis einen durchschnittlichen Wert von 1500 US-Dollar pro Feinunze, Anfang Oktober 2012 kostete eine Feinunze gar fast 1800 US-Dollar – das ist fünfmal soviel wie 2001. Der rekordhohe Preis für Gold, eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, macht den Goldabbau zu einem guten Geschäft. Die Folge: Der Hunger nach Gold kann kaum gestillt werden, die Fördermenge wird jedes Jahr erhöht. 2011 wurden weltweit 2700 Tonnen Gold gefördert. Das ist ein neuer Rekord.

Der hohe Goldpreis macht den Abbau heute selbst dort rentabel, wo Gold nur in Spuren vorkommt. Ein Anteil von einem Gramm pro Tonne Gestein genügt beim aktuellen Goldpreis bereits, um den industriellen Abbau gewinnbringend zu betreiben. Neue Abbaugelände rücken damit in den Fokus der Bergbauunternehmungen, in denen Gold bisher nicht wirtschaftlich hätte abgebaut werden können. Zudem werden stillgelegte Minen wieder in Betrieb genommen. Kleinschürfer suchen selbst in den abgeschiedensten Gebieten nach Gold. Doch der Goldboom hat seine Schattenseiten. Die Folgen für die Umwelt und die Bewohner der Abbaugelände sind teilweise dramatisch.

### Zwangsumsiedlungen und Umweltverschmutzung

Wo Gold vorkommt, sind globale Bergbaukonzerne oder Kleinschürfer nicht weit. Land mit Goldvorkommen ist heiss begehrt. Häufig kommt es um das wertvolle Land zu Auseinandersetzungen, teilweise auch gewalttätigen. Der industrielle Bergbau verbraucht riesige Landflächen – Land, das meistens bewohnt oder von Bauern genutzt wird. Damit die Goldkonzerne die Goldvorkommen effizient abbauen können, werden ganze Dorfgemeinschaften umgesiedelt, nicht selten auch unter Androhung oder Anwendung von Zwangsmassnahmen. Oft wird dabei das Mitbestimmungsrecht von indigenen Gemeinschaften verletzt. Auch im informellen Sektor kommt es häufig zu Übergriffen auf indigene Volksgruppen, wenn die Goldschürfer auf der Suche nach Gold illegal in die Gebiete der Indigenen vordringen.

Sowohl beim industriellen Goldabbau als auch im informellen Sektor kommen hochgiftige Substanzen zum Einsatz (vgl. Kasten), mit denen das Gold aus dem abgebauten Erz resp. dem Goldschlamm gelöst werden. In vielen Goldminen gibt es zwar sogenannte Rückhaltebecken. Doch immer wieder kommt es zu Unfällen. Die Bewohner – oftmals indigene Gemein-



**Werden Sie aktiv! Unterschreiben Sie die Online-Petition!**  
[www.gfbv.ch/no\\_dirty\\_gold](http://www.gfbv.ch/no_dirty_gold)

schaften – werden so ihrer Lebensgrundlage beraubt und gezwungen, ihr Land zu verlassen.

### Golddrehscheibe Schweiz

Und mittendrin in diesem schmutzigen Geschäft steht die Schweiz, denn die Schweiz ist eine der wichtigsten Golddrehscheiben. Ein grosser Teil des Goldes, das in den Minen in aller Welt gefördert wird, landet früher oder später in der Schweiz, oder genauer: in einer Schweizer Goldraffinerie. Die Schweizer Raffinerien Metalor Group SA in Neuenburg, Valcambi SA in Balerna, PAMP SA in Castel San Pietro und Argor Heraeus SA in Mendrisio sind führende Firmen der Branche. Sie gehören zu den neun grössten Raffinerien weltweit und verarbeiten schätzungsweise einen Drittel des geförderten Goldes – zu Goldbarren oder Schmuckrohlingen. Und auch im Geschäft mit Altgold sind die vier Raffinerien mit von der Partie.

Nicht nur in der Raffinierung von Gold ist die Schweiz ein wichtiger Player. Mit der Uhrenindustrie steht in der Schweiz ein wichtiger Abnehmer des raffinierten Goldes bereit. Weltweit benötigt die Schmuckbranche mehr als die Hälfte des jährlich raffinierten Goldes. Und auch die Schweizer Grossbanken sind stark verankert im globalen Goldhandel. Im Jahr 2011 wurden gemäss Schweizer Aussenhandelsstatistik insgesamt 2634 Tonnen Rohgold im Wert von knapp 95 Milliarden Franken in die Schweiz importiert und 1794 Tonnen im Wert von 75 Milliarden Franken exportiert. Soviel Gold handelt sonst kein anderes Land.

Woher das Gold stammt, darüber schweigen sich die Goldraffinerien, die Banken, die Schmuck- und Uhrenproduzenten sowie die offizielle Schweiz aus – zum «Schutz des Finanzplatzes Schweiz». Seit 1981 veröffentlicht die Schweiz nur noch das Gesamttotal der Goldimporte und -exporte. Herkunfts- und Zielländer werden nicht offengelegt.

### Goldraffinerien verarbeiten schmutziges Gold

Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die vier Raffinerien auch Gold verarbeiten, das aus Indigenengebieten stammt, und es so in den Umlauf bringt. Erst kürzlich wurde aufgedeckt, dass die Tessiner Raffinerie PAMP SA Gold verarbeitet hat, das aus den illegalen Minen Perus in Madre de Dios stammt. Und die zum US-amerikanischen Bergbaukonzern Newmont Mining Corporation gehörende Valcambi SA hat Gold aus Yanacocha verarbeitet. Die Schweizer Raffinerien verdienen also kräftig mit am Geschäft mit schmutzigem Gold – und die offizielle Schweiz schützt die Branche nach wie vor.

Der Bundesrat hat zwar erkannt, dass von der starken Stellung der Schweiz im globalen Goldbusiness ein Reputationsrisiko für das Land ausgeht – wie er in einer Antwort auf eine Interpellation von SP-Nationalrat Cédric Wermuth schreibt. Konkrete Massnahmen sieht er aber keine vor – er setzt darauf, dass die Branche von sich aus und freiwillig auf fair und umweltfreundlich produziertes Gold setzt. Es gibt zwar erste Initiativen des Responsible Jewellery Council, schmutziges Gold aus den Lieferketten zwischen Mine und Juwelier zu verbannen. Doch es dürfte dauern, bis sich hier nachhaltig etwas verändert. Bundesrat und die Goldbranche müssen sich solange den Vorwurf gefallen lassen, für die Menschenrechtsverletzungen und die Umweltverschmutzung mitverantwortlich zu sein.

*Text: Angela Lindt, Reto Moosmann*

## Wie wird Gold abgebaut?

Grundsätzlich lassen sich zwei Verfahren des Goldabbaus unterscheiden. Während in der industriellen Goldproduktion Zyanid eingesetzt wird, arbeiten Kleinschürfer mit Quecksilber, um das Gold aus dem Gestein zu lösen. Beide Verfahren sind aus ökologischer Sicht höchst problematisch.

**Abbau mit Zyanid:** Mithilfe von Zyanid können kleinste Goldpartikel aus dem Gestein gewonnen werden. Das Zyanid bindet aber nicht nur Gold, sondern auch verschiedene Schwermetalle wie Quecksilber, Cadmium, Uran, Blei oder Arsen. Beim industriellen Abbau von Gold entstehen deshalb riesige Mengen an hochbelastetem Abfallmaterial. Dieses wird meist offen in Halden gelagert. Die Bergbaukonzerne behaupten, ihre Anlagen seien sicher. Fakt ist: Immer wieder werden Schwermetalle aus Abfallhalden und Rückhaltebecken freigesetzt und die Umwelt verseucht.

**Abbau mit Quecksilber:** Das goldhaltige Gestein wird mit einfachen Maschinen gemahlen und anschliessend mit Quecksilber gemischt. Dadurch entsteht ein Goldamalgam. Durch Erhitzen des Amalgams verdampft das Quecksilber – zurück bleibt fast reines Gold. 95 Prozent des Quecksilbers gerät so in die Umwelt. Das flüchtige Quecksilber stellt nicht nur für die Goldschürfer, welche die Dämpfe einatmen, ein gesundheitliches Risiko dar. Bei Regenfall wird das Quecksilber aus der Luft ausgewaschen und gerät so in die Nahrungsmittelkette und in das Trinkwasser.

## ➤ Mine Yanacocha: Der Fluch des Goldes

**In Cajamarca, im Norden Perus, geraten die Proteste gegen die Erweiterungspläne der industriellen Goldmine Yanacocha ausser Kontrolle. Newmont Mining, der US-amerikanische Mutterkonzern der Minenbetreiberin Minera Yanacocha, will die weltweit zweitgrösste Mine erweitern. Die Bevölkerung wehrt sich gegen das Mega-Projekt.**

Cajamarca, eine Stadt hoch in den peruanischen Anden gelegen. Hier befindet sich die grösste Goldmine Südamerikas und die zweitgrösste Mine weltweit: die Mine Yanacocha. Da die Goldvorräte in der Mine bald aufgebraucht sind, plant die zum US-amerikanischen Bergbaukonzern Newmont gehörende Minera Yanacocha eine Erweiterung: die Mine Conga. Dagegen regt sich heftiger Widerstand aus der Bevölkerung. Erst kürzlich, im Juli 2012, kam es zu einer gefährlichen Eskalation des Konfliktes. Bei Zusammenstössen zwischen der Polizei und Protestierenden verloren fünf Menschen ihr Leben und es gab Dutzende von Verletzten. Der bekannte Bergbauaktivist und Träger des Achener Friedenspreises 2010, Marco Arana, wurde von der Polizei brutal verhaftet. Besonders brisant: Laut dem ARD-Fernsehmagazin «Weltspiegel» handelt die Polizei im Auftrag des Minenunternehmens. Massive Vorwürfe, welche die ARD auch belegen kann – dem Fernsehsender liegen die

Verträge vor, welche die Behörden mit der Minera Yanacocha abgeschlossen haben. Demnach stellt das Unternehmen der Polizei Fahrzeuge und Waffen zur Verfügung.

Als Ollanta Humala im Juli 2011 sein Amt als neuer peruanischer Präsident antrat, waren die Erwartungen der Bewohner Cajamarcas gross. Im Wahlkampf hatte Humala noch versprochen, dass er die im Oktober 2010 erteilte Förderbewilligung für Conga widerrufen würde. Wasser sei wichtiger als Gold, sagte Humala vor den Wahlen. Doch nun hat Humala offenbar die Seite gewechselt. Nach vier Monaten im Amt verhängte er nach Streiks und Protesten gegen die Mine Conga das erste Mal den Notstand über die Region Cajamarca.

### Mine gegen den Willen der Lokalbevölkerung

Die Gegner des Projekts Conga befürchten, dass die Gewässer durch den Goldabbau weiter verschmutzt werden. Denn

die Grenzwerte von Quecksilber, Blei, Arsen und des krebserregenden Chrom-6 in Boden und Wasser werden bereits heute überschritten. Die Schadstoffe reichern sich auch im Körper der Bewohnerinnen und Bewohner an. Zudem wurde im Bewilligungsverfahren gegen internationale Richtlinien verstossen. Die lokale Bevölkerung, zu einem grossen Teil Kleinbauern mit indigenem Hintergrund, hätte von Anfang an in das Verfahren miteinbezogen werden müssen. Gerade bei Grossprojekten ist es zentral, die ökologischen und sozialen Folgen zu untersuchen und in einem partizipativen Prozess mit der Bevölkerung zu diskutieren. Im Bewilligungsverfahren für das Projekt Conga wurde die Bevölkerung nicht oder nur ungenügend einbezogen. Die Umwelt- und Sozialstudie, die im Vorfeld erstellt wurde, umfasst rund 27 000 Seiten – sie ist selbst für Experten nur schwer verständlich.

*Text: Eva Schmassmann, GfbV*



Foto: Euyasik/Wikimedia

**Der industrielle Goldabbau verwüstet ganze Landstriche – im Bild die Mine Yanacocha in Peru. Sie erstreckt sich über eine Fläche von mehr als 250 km<sup>2</sup>. Das entspricht in etwa der Fläche des Kantons Genf.**

## ► Illegales Gold aus Madre de Dios

**In Peru laufen verschiedene Verfahren gegen örtliche Edelmetallhändler. Sie sind angeklagt wegen Geldwäscherei und illegalen Goldraubs in der Region Madre de Dios. Das «schmutzige» Gold landete auch bei Schweizer Raffinerien.**

Dem peruanischen Edelmetall-Handelsunternehmen Universal Metal Trading UMT und weiteren Goldhändlern wird vorgeworfen, illegalen Goldraub in der Region Madre de Dios zu betreiben. Zudem werden sie der Geldwäscherei verdächtigt. Wie die peruanische Zeitung «El Comercio» publik machte, landete das Gold von UMT bis vor kurzem bei der Schweizer MKS Finance, der auch die Tessiner Raffinerie PAMP SA gehört.

Laut Sonntagszeitung läuft zudem eine Untersuchung gegen die Firma «Minerales del Sur». Diese Firma hat seit 2010 Gold an die weltweit grösste Raffinerie, die Metalor SA geliefert. Das Neuenburger Unternehmen bestreitet, dass Partnerfirmen von Metalor illegales Gold beziehen würden. Dass aber ausschliesslich legales, «sauberes» Gold aus Peru in der Schweiz verarbeitet wird, ist fast ausgeschlossen. In Madre de Dios sind nahezu alle Minen illegal.

Seit April 2012 sind in Peru neue Gesetze gegen den Raubbau in Kraft. Der Verkauf von illegal abgebautem Gold steht neu unter Strafe. Deshalb prüft der Anwalt der peruanischen Gesellschaft für

Umweltrecht, César Ipenza, nun eine Klage gegen Schweizer Firmen, die illegales Gold aus Madre de Dios verarbeitet haben.

Das Dschungelgebiet Madre de Dios ist doppelt so gross wie die Schweiz. Schätzungsweise 30 000 illegale Kleinschürfer halten sich darin auf und sind auf der Suche nach Gold. Die Flüsse und die Böden sind mit Quecksilber verseucht. Mit den Goldgräbern kommen auch Probleme wie Drogenhandel und Prostitution nach Madre de Dios. Die Goldschürfer machen dabei auch vor Indigenenschutzgebieten nicht halt.

Text: Reto Moosmann, GfbV



Illegale Kleinschürfer in der Region Madre de Dios

## Rohstoffabbau in Peru

Peru ist ein rohstoffreiches Land und gehört zu den wichtigsten Förderländern von Kupfer, Gold, Zink, Silber, Blei oder Eisenerz. Beim Abbau von Silber belegt das Andenland den ersten Platz, beim Kupferabbau Rang 2 – direkt hinter Chile. Peru wurde erst in den letzten 20 Jahren zu einem grossen Produzenten von Rohstoffen. Der frühere Präsident, Alberto Fujimori, garantierte den Bergbauunternehmen mit dem *Ley del Catastro Minero Nacional* grosszügig Zugang zu Land. Zudem senkte er die Steuern für ausländische Unternehmen. Durch das Förderprogramm wurden massiv mehr Rohstoffe abgebaut. Der Wert der Exportgüter Kupfer, Gold, Silber, Zink, Blei, Zinn und Eisenerz wurde zwischen 1993 und 2006 verzehnfacht. Heute geht mehr als 60 Prozent des gesamten peruanischen Exporterlöses auf den Bergbau zurück. 2011 exportierte das Land mehr als 350 Tonnen Gold in Rohform, das entspricht einem Wert von mehr als 10 Milliarden US-Dollar. Etwas weniger als die Hälfte des gefördert Goldes landet demnach in der Schweiz. Etwa ein Drittel des peruanischen Goldes stammt aus Yanacocha.

## Die Schweizer Raffinerien

### Metalor Technologies SA, Neuenburg (NE)

**Nummer 1 weltweit**

**Im Besitz von:** privaten und institutionellen Investoren sowie Banken

**Geschätzte Kapazität pro Jahr:** 650 Tonnen

**Skandale:** Diktatoren-Gold aus Zaire (Mobutu Sese), Illegales Gold aus Madre de Dios (Peru)

### PAMP SA, Castel San Pietro (TI)

**Nummer 6 weltweit**

**Im Besitz von:** MKS Finance und privaten Investoren um den Genfer Mohammed Shakarchi

**Geschätzte Kapazität pro Jahr:** knapp 450 Tonnen

**Skandale:** Illegales Gold aus Madre de Dios (Peru)

### Valcambi SA, Balerna (TI)

**Nummer 2 weltweit**

**Im Besitz von:** Newmont Mining Corporation (USA) und privaten Investoren

**Geschätzte Kapazität pro Jahr:** 600 Tonnen

**Skandale:** Gold aus Kinderarbeit (Mali), Gold aus Yanacocha (Peru)

### Argor Heraeus SA, Mendrisio (TI)

**Nummer 7 weltweit**

**Im Besitz von:** Privaten und Banken

**Geschätzte Kapazität pro Jahr:** 400 Tonnen

**Skandale:** Konfliktgold aus Kongo

## ➤ Goldrausch bedroht Brasiliens Indigenengebiete

**In Brasilien wird jährlich Gold im Wert von knapp 2,7 Milliarden Franken abgebaut – das entspricht drei bis vier Prozent der weltweiten Produktion. Im Rahmen des «Plans für die Entwicklung des Bergbausektors» soll die Fördermenge bis 2030 vervierfacht werden. Damit kommen die Indigenengebiete noch mehr unter Druck: Diese sollen für die wirtschaftliche Nutzung und den Abbau von Ressourcen vollständig geöffnet und dem Ressourcen hunger geopfert werden.**

2007 hat der frühere Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva ein milliardenschweres Programm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Programa de Aceleração do Crescimento PAC) angestossen, das auch von Lulas Nachfolgerin, Dilma Rousseff, mit voller Kraft vorangetrieben wird. Das Entwicklungsprogramm umfasst riesige Infrastrukturbauten wie den Bau von Staudämmen und Strassen sowie die verstärkte Nutzung von Erdöl, Erdgas und Metallen wie Gold, Kupfer, Zink oder Nickel. Laut dem Plan für die Entwicklung des Bergbausektors, dem «Plano Nacional de Mineração 2030», will die brasilianische Regierung bis 2030 rund 350 Milliarden US-Dollars in den Bergbausektor investieren. Alleine die Goldfördermenge soll so bis ins Jahr 2030 auf 200 Tonnen pro Jahr gesteigert werden – das entspricht fast einer Vervierfachung der Fördermengen gegenüber heute. Brasilien würde damit zu einem der grössten Player im Goldbusiness aufsteigen.

### **Masterplan zur wirtschaftlichen Entwicklung gefährdet indigene Gemeinschaften**

Gegen die Bemühungen der brasilianischen Regierung, durch wirtschaftspolitische Massnahmen den Wohlstand breiter Bevölkerungskreise zu erhöhen, ist eigentlich nichts einzuwenden. Doch das Projekt zur Modernisierung des Landes gerät immer stärker in Konkurrenz mit den Rechten der indigenen Gemeinschaften. Die brasilianische Regierung stellt dabei die wirtschaftlichen Interessen über die Menschenrechte und die Umwelt. Gleich mit mehreren Gesetzesänderungen und Erlassen sollen die Schutzgebiete für die wirtschaftliche Nutzung geöffnet werden. Mit fatalen Folgen für die Indigenen.

Die brasilianische Verfassung verbietet heute zwar Privaten, in Schutzgebieten Bodenschätze ohne Konsultation der Indigenen abzubauen. Dieser Schutz ist aber in mehrerer Hinsicht löchrig: Tausende von Goldwäschern, die sogenannten Garimpeiros, schürfen bereits heute illegalerweise Gold in Indigenengebieten. Die Kleinschürfer binden die winzig kleinen Goldspähne mit Quecksilber. Dieses gerät dabei in die Umwelt und führt zur Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser. Nebst grossräumiger Umweltzerstörung führt die Anwesenheit der Garimpeiros auch immer wieder zu Konflikten, insbesondere dann, wenn sie bis ins Innere der Siedlungsgebiete eindringen. Der brasilianische Staat lässt die Garimpeiros meist unbehelligt, nur selten kommt es zu Verurteilungen durch ein Gericht. Dabei ist aber klar: Für die Garimpeiros ist der illegale Goldabbau oft die einzige Existenzmöglichkeit.

### **Angriff auf die Schutzgebiete**

Der verfassungsmässig garantierte Schutz erweist sich zudem als verhandelbar: Derzeit diskutiert das Parlament ein Gesetz, das den Ressourcenabbau in Indigenengebieten regeln und damit grundsätzlich erlauben würde. Bisher hatte ein solches Gesetz im brasilianischen Parlament keine Chance. Das scheint sich nun im Zuge des brasilianischen Entwicklungsprogramms zu ändern. Der Gesetzesentwurf von Senator Romero Jucá würde es Privaten künftig erlauben, mit einer staatlichen Konzession in Indigenengebieten ungehindert Bodenschätze abzubauen. Die Indigenen würden zwar mit einer Förderabgabe von zwei bis drei Prozent des Werts der geförderten Ressourcen entschädigt. Ein Mitbestimmungsrecht für die Indigenen ist aber nicht vorgesehen. Die wirtschaftlichen Interessen an der Legalisierung des Ressourcenabbaus in Indigenengebieten sind enorm: Bereits mehr als 10 000 Konzessionsgesuche sind bei den Behörden vorsorglich eingegangen. In gewissen Schutzgebieten (vgl. Abbildung nebenan) liegen Konzessionsgesuche vor, die bis zu 100 Prozent der Fläche des Schutzgebietes ausmachen und selbst die Siedlungen der Indigenen umfassen.

In dieselbe Richtung geht die Portaria 303, ein Erlass der brasilianischen Generalstaatsanwaltschaft. Demnach könnte der brasilianische Kongress künftig in geschützten Indigenengebieten jederzeit Baubewilligungen für Staudämme und Rohstoffabbauprojekte erteilen und nicht-indigenen Personen eine Zugangsberechtigung zu den Territorien erteilen. Die Portaria 303 wurde Mitte Juli verabschiedet – noch aber wurde sie nicht in Kraft gesetzt.

Im Juni wurde im Bundesstaat Amazonas zudem eine Resolution verabschiedet, die den Einsatz von Quecksilber beim Goldabbau grundsätzlich legalisiert. Der Kampf für Abbaumethoden, welche auf den Einsatz von Quecksilber verzichten und die Umwelt dadurch schonen, wird dadurch nochmals enorm erschwert.

### **Goldabbau unterhalb Belo Monte-Staudamm?**

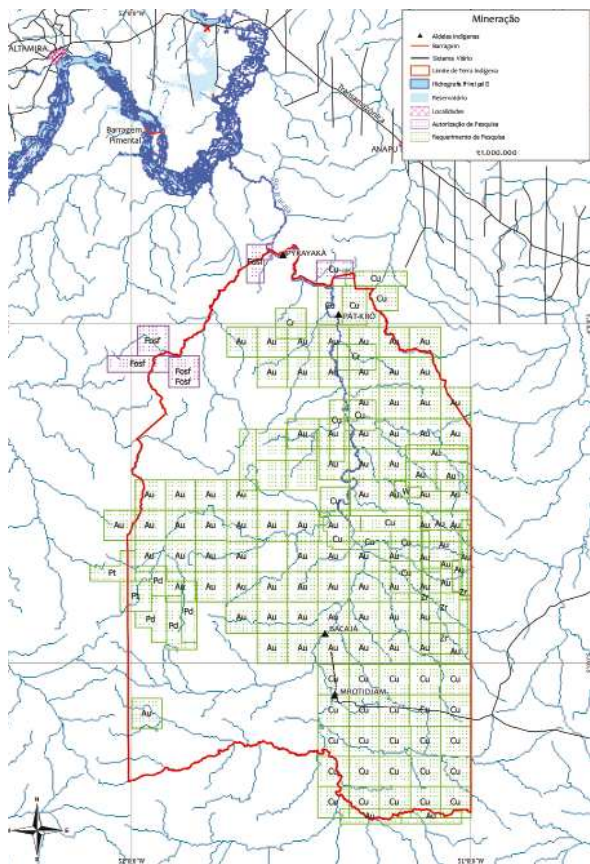
Nicht nur der Goldabbau in den Schutzgebieten selbst bedroht die Lebensgrundlagen der Indigenengemeinschaften. Die kanadische Firma Belo Sun will unterhalb des geplanten Megastaudamms Belo Monte eine industrielle Goldförderanlage bauen – beim Goldabbau würde Belo Sun das hochgiftige Zyanid einsetzen. Das Konzessionsgebiet grenzt an zwei Indigenenreservate. Bei einem Leck der Rückhaltebecken würde der

Fischbestand und damit die Hauptnahrungsquelle der Völker Juruna und Arara vernichtet. Ihre Siedlungsgebiete liegen nur wenige Kilometer unterhalb der geplanten Industrieanlage.

Auch wenn die Indigenen bereits heute mit dem Problem des illegalen Goldabbaus konfrontiert sind: Was in Zukunft auf die Indigenengebiete Brasiliens zukommen könnte, ist weitaus gefährlicher. Dessen sind sich auch die Indigenen selber bewusst. Verschiedene Yanomami-Führer aus der Region Alto Mucajá schlagen deshalb Alarm. Sie wandten sich kürzlich besorgt in einem Brief an Romero Jucá, den Urheber der Gesetzesänderung, und Brasiliens Präsidentin, Dilma Rousseff: «Romero

Jucá, sende keine Bergbaufirmen ins Yanomami-Land. Wir wollen nicht leiden! Wir denken nicht daran, euer Land zu besetzen, also besetzt nicht das unsrige. Wir wollen keinen Bergbau in unserem Land. Wir Leader wissen, dass es die Erde zerstören wird, auf der wir leben.» Unsere Aufgabe ist es, die Yanomami und weitere indigene Gemeinschaften wie die Kayapo, die Munduruku, die Kuraya oder die Tembé in ihrem Kampf zu unterstützen.

*Text: Judith Schnyder, Reto Moosmann, Christoph Wiedmer, GfbV*



Auf solchen Karten wird eingetragen, wenn Reservationen für Abbaukonzessionen eingehen. Rot eingezeichnet: Das Gebiet der Kayapo-Xikrin mit den Siedlungen Pykayakã, Pät-Krô, Bacajã und Mroditjam. Grün eingezeichnet: angemeldete Konzessionen.

## Goldabbau in Brasilien

55 Tonnen Gold im Wert von rund 2,7 Milliarden Franken werden gemäss offizieller Statistik in Brasilien jedes Jahr abgebaut. Damit gehört Brasilien zwar nicht zu den ganz grossen Förderländern, der Anteil Brasiliens an der weltweiten Produktion beträgt aber dennoch rund drei Prozent. Die grossen, industriellen Goldabbaugebiete Brasiliens liegen heute ausserhalb der Indigenengebiete an der Ostküste in den Bundesstaaten Bahia und Minas Gerais. Auf sie entfallen Schätzungen der Regierung zufolge rund 90 Prozent der brasilianischen Goldproduktion. Der Goldanteil im Boden ist in diesen Gebieten vergleichsweise hoch und das Gebiet ist gut zugänglich – entsprechend effizient lässt sich dort Gold fördern. Zunehmend rücken aber auch neue Gebiete in den Fokus der Bergbauunternehmungen. Etwa 10 Prozent des brasilianischen Goldes, so die Schätzungen der Regierung, stammen aus dem informellen Sektor.

Zu einer etwas dramatischeren Einschätzung kommt das UN-Entwicklungsprogramm UNDP. In einer neuen Studie schätzt das UNDP die Goldproduktion durch Garimpeiros auf etwa 45 Tonnen. 20 Tonnen stammen aus Rondônia, dem Staat, indem die Yanomami in grossen Reservaten leben. Das UNDP geht heute von rund 60 000 Goldwäschern in ganz Brasilien aus. Diese Menschen kann man nicht einfach kriminalisieren. Deshalb geht es vor Ort auch darum, zusammen mit den Kleinschürfern alternative Einnahmequellen zu entwickeln. Klar ist aber auch: Solange die Goldindustrie Gold aus indigenen Schutzgebieten bezieht, besteht für die Kleinschürfer kein Anlass, sich eine andere Existenz aufzubauen.

## ➤ Sondergesetze für die Roma?

**«Das ist eine Massnahme, um die Roma zu einer möglichst raschen Rückreise zu bewegen.» Dieser Satz wirft etliche Fragen auf: Was ist mit dieser Massnahme gemeint? Ist eine solche Massnahme diskriminierend? Oder etwas polemisch gefragt: Kennt die Schweiz eine Sondergesetzgebung für die Roma?**

Ende September bestätigte die Kommunikationschefin des Bundesamts für Migration (BFM), Gaby Szöllösy, gegenüber der Neuen Luzerner Zeitung (NLZ), dass asylsuchende Roma grundsätzlich kein Taschengeld mehr erhalten würden. Szöllösy ergänzte ihre Bestätigung mit dem folgenden Satz: «Das ist eine Massnahme, um die Roma zu einer möglichst raschen Rückreise zu bewegen.»

Diese Aussage – wenn sie von der BFM-Mediensprecherin so gemacht wurde – ist brisant. Denn im Prinzip wird damit gesagt, dass die Schweiz ihre Asylsuchenden nicht alle gleich, sondern in Abhängigkeit ihrer ethnischen Zugehörigkeit behandelt. Das wäre eine in höchstem Masse diskriminierende Regelung. Wie sich nun zeigt, ist das Zitat der BFM-Mediensprecherin nicht ganz korrekt – aber fast.

### Kein Taschengeld für Staatsangehörige aus diversen Balkanstaaten

Die GfbV hat bei der BFM-Kommunikationschefin schriftlich nachgefragt, wie die Aussage in der NLZ vom 26. September zu verstehen sei: «Wie kommt es, dass das BFM materielle Entscheide, wie die Vergabe von Taschengeldern, von ethnischen Kriterien abhängig macht?» Antwort: Die Mediensprecherin des BFM sei in der NLZ falsch zitiert worden. Das BFM richte «Massnahmen im Asylbereich prinzipiell nicht gegen einzelne ethnische Gruppen». Die Streichung des Taschengeldes gelte nicht für die Roma, sondern für alle Staatsangehörige aus

«visumsbefreiten europäischen Ländern». Aktuell betreffe diese Massnahme hauptsächlich Staatsangehörige aus Serbien, Mazedonien sowie Bosnien-Herzegowina. Nur: Faktisch trifft die Streichung des Taschengeldes aber trotzdem vor allem die Roma. Dessen ist sich auch das BFM selbst bewusst: «Bei der Mehrheit der Asylsuchenden aus diesen Ländern handelt es sich um Angehörige der Volksgruppe der Roma», schreibt das BFM im Brief an die GfbV.

### Alles nur ein Missverständnis?

Handelt es sich nur um ein Missverständnis? Kaum: Auch wenn das BFM die Streichung des Taschengeldes (nun) offiziell nicht (mehr) damit begründet, die Roma zu einer raschen Rückreise bewegen zu wollen; im Vorfeld des Ent-

scheides, der im Zusammenhang zu den im August beschlossenen Beschleunigungsmassnahmen im Asylwesen steht, dürfte die Überlegung, die Schweiz für Romas unattraktiv zu machen, eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben. Denn im BFM war man sich bewusst, dass Asylsuchende aus den «visumsbefreiten europäischen Ländern» vor allem Romas sind.

Die Schweiz kennt keine Sondergesetzgebung für Romas – zumindest nicht offiziell. Irgendwie beschleicht einem aber trotzdem das Gefühl, Romas seien in der Schweiz speziell unerwünscht. Und das ist beunruhigend.

*Text: Angela Mattli, Leiterin Kampagnen und Projekte GfbV*

### Tagung zur Lage der Roma in Europa

Im Rahmen des Holocaust-Gedenktages veranstaltet das Zentrum für Demokratie in Aarau am 26. Januar 2013 eine wissenschaftliche Tagung zur Lage der Roma in Europa: Zwischen 220 000 und 500 000 Roma, Sinti und weitere als «Zigeuner» verfolgte Minderheiten fielen dem NS-Verbrecherregime zum Opfer. An der Tagung ist die Vergangenheitsbewältigung nur ein Schwerpunkt. Im Zentrum steht auch die Frage: Wie geht es den Roma heute? Roma und Fahrende stehen heute vor einer widersprüchlichen Situation: Zum einen versuchen Europarat, EU und andere supranationale Organisationen, Chancen und Integration von Roma zu fördern. Zum anderen tun sich europäische Nationalstaaten schwer damit, die Grund- und Minderheitenrechte der Roma zu garantieren und damit den eigenen demokratisch-rechtstaatlichen Standards nachzuleben. Vorurteile, Diskriminierungen und Gewalt gehören für viele Roma zum Alltag.

*Die Fachtagung findet am **Samstag, 26. Januar 2013 zwischen 9 Uhr und 17 Uhr** am Zentrum für Demokratie in Aarau statt. Eine Anmeldung ist obligatorisch. Weitere Informationen finden sich auf der Website [www.zdaarau.ch](http://www.zdaarau.ch)*

**Unterschreiben Sie das Referendum gegen das unmenschliche Asylgesetz! Den Unterschriftenbogen finden Sie auf Seite 14!**

## Minderheiten und indigene Völker in aller Welt



1. Samburu, Kenia
  2. Kikuyu, Kenia
  3. Karamoja-Matheniko, Uganda
- (alle Fotos: Walter Callens)

### Kurzinfos

#### Russland: Verurteilung von «Pussy Riot»

In einem Prozess, der national und international grosses Aufsehen erregte, wurden die drei Frauen der russischen Punk-Band «Pussy Riot» von einem Moskauer Gericht wegen Rowdytums aus religiösem Hass verurteilt. Sie hatten im Februar den Altarbereich der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale gestürmt und ein Punkgebet gegen die Allianz von Kirche und Staat vorgetragen. Ihre Aktion begründeten sie damit, dass der Patriarch der Russisch-Orthodoxen Kirche Vladimir Putin im Präsidentschaftswahlkampf unterstützt hatte. Im Berufungsverfahren wurde die Haftstrafe gegen ein Mitglied der Band aufgehoben, die Haftstrafen gegen die beiden anderen wurde bestätigt. Ihnen drohen zwei Jahre Straflager. Der Fall «Pussy Riot» zeigt auf, dass die Rechtsprechung in Russland willkürlich und politisch motiviert ist. Mit grosser Besorgnis verfolgt die GfbV diese Entwicklungen: Unliebsame Regimekritiker werden in ihrer täglichen Arbeit behindert und die Justiz wird instrumentalisiert, um Oppositionelle mundtot zu machen.

#### China: Dramatische Zuspitzung der Lage im Tibet

Seit 2008 hat China die Verfolgung in Tibet deutlich verschärft und mit immer mehr Sicherheitskräften in vielen tibetischen Siedlungsgebieten Angst und Schrecken verbreitet. Die chinesische Repression erstickt den öffentlichen Protest im Keime. Die Tibeter sind verzweifelt, immer öfter sehen sie die Selbstverbrennung als letzten Ausweg. Die Situation im Tibet ist besorgniserregend. Die GfbV fordert die internationale Staatengemeinschaft auf, die Hilferufe der verzweifelten Tibeter endlich ernst zu nehmen und China zu einem Überdenken ihrer China-Politik zu drängen.

saari-Plan im letzten Jahr stark abgenommen. Im Mai 2012 sprach sich das kosovarische Parlament dafür aus, diese Rechte aus der Verfassung zu streichen, wurde aber durch das Verfassungsgericht an deren Umsetzung gehindert. Ob das nach Abzug der Internationalen Aufsicht auch künftig so sein wird, ist ungewiss. Programme zur Förderung der politischen Partizipation von Minderheiten, wie es die GfbV seit 2012 mit dem Fokus auf Roma betreibt, gewinnen somit an Relevanz und sind für den Schutz von Minderheitenrechte zentral.

Quelle: *International Crisis Group, «Setting Kosovo Free: Remaining Challenges», September 2012*

#### Kosovo: Abzug des ICO – sind Minderheitenrechte in Gefahr?

Viereinhalb Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung wurde der Kosovo im September 2012 zu einem souveränen Staat. Die internationale Aufsicht wurde durch die Schliessung des Internationalen Zivilbüros (ICO) beendet. Die Aufgabe des ICO war es, die Implementierung des Athasaari-Plans zu überwachen. Dabei nahm das Monitoring von Minderheitenrechten einen grossen Stellenwert ein. Mit Quoten wurden für Minderheiten u.a. im Parlament Sitze sichergestellt. Zudem fand die Garantie für die sichere Rückkehr von Flüchtlingen und intern Vertriebenen und das Recht auf ihr ursprüngliches Eigentum Eingang in die Verfassung.

In der albanischen Bevölkerungsmehrheit hat die Unterstützung für den Atha-

#### Sri Lanka: Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz

Der Machtkampf zwischen der Regierung von Mahinda Rajapakse und der Justiz hat mit dem Amtsenthebungsverfahren gegen die Vorsitzende des Obersten Gerichts, Shirani Bandaranayake, einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Möglicher Hintergrund der Absetzung: Bandaranayake fällte ihre juristischen Entscheide nicht immer im Sinne der Regierung. Der Trend zur Machtakkumulation in den Händen der Familie Rajapakse ist offensichtlich. Regierungskritische Juristen, Journalisten, Mitglieder der Opposition, aber auch Menschenrechtsverteidiger leben gefährlich. Zudem herrscht ein Klima der Gewalt und der Rechtlosigkeit. Während dem Bürgerkrieg begangene Menschenrechtsverletzungen bleiben weiterhin ungestraft.



Foto: Wikipedia



Foto: Christoph Wiedmer/GfbV

**Schweiz:** Mehrere Dutzend Aktivistinnen und Aktivisten sind dem Aufruf der GfbV und weiteren Organisationen gefolgt und haben vor der Generalversammlung des Zuger Rohstoffkonzerns Xstrata am 7. September für die Einhaltung der Menschenrechte protestiert. Im Rohstoff-Business wird das Mitbestimmungsrecht der betroffenen, oft indigenen Bevölkerung von übermächtigen Konzernen immer wieder verletzt. Mehrere Vertreterinnen und Vertreter von Schweizer NGOs, die im Besitz einer Xstrata-Aktie sind, haben an der Generalversammlung das Wort ergriffen und den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung aufgefordert, die Menschenrechte einzuhalten.



Foto: Wilson Dias/Agência Brasil

**Brasilien:** Nachdem ein regionales Gericht den Bau des Belo Monte-Staudammes mit der Begründung suspendiert hatte, die Indigenen seien nicht angehört worden, hob der oberste Richter Brasiliens das vorinstanzliche Urteil wieder auf. Eine breite Allianz aus Fischern und indigenen Gemeinschaften machte aber mobil gegen den Bau des Staudammes: Sie protestierten dagegen, dass der Staudamm ihre Lebensgrundlage zerstören würde. Nachdem ein Gericht verbindlich festhielt, dass sich das Baukonsortium «Norte Energia» an alle Verpflichtungen, welche ihm mit der Baubewilligung auferlegt wurden, halten muss, zogen die rund 200 Protestierenden wieder ab.



Foto: Michel Dängeli/GfbV

# und -Kampagnen 13



**Schweiz/Rusland:** Diesen Sommer bildete die Schweizer Armee im Rahmen eines militärischen Wissensaustauschs im Gebirgsausbildungszentrum in Andermatt russische Soldaten aus. Bereits im vergangenen Herbst hat die GfbV Bundesrat Ueli Maurer und Armeechef André Blattmann darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit Russland höchst problematisch ist: Auch russische Gebirgsbrigaden, die im nordkaukasischen Kriegsgebiet stationiert sind, sollten in der Schweiz ausgebildet werden. Bundesrat Ueli Maurer hatte auf die Kritik reagiert und versprochen, die Ausbildungszusammenarbeit mit Russland zu überdenken. In der Zwischenzeit ist Maurer aber zum Schluss gekommen, dass einer weiteren Zusammenarbeit nichts im Wege steht.



Foto: Lingjing Bao, Talk Radio News

**Schweiz/Sri Lanka:** Am 30. August fand anlässlich der Eröffnung der Ausstellung mit den Karikaturen des verschwundenen srilankischen Journalisten Prageeth Ekneligoda eine Podiumsdiskussion statt, an der SP-Nationalrat Martin Näf, Damiano Sguaitamatti (Abteilung für Menschliche Sicherheit beim EDA) und Sandya Ekneligoda, die Ehefrau Prageeths, teilgenommen haben. Geleitet wurde die Diskussion von der GfbV-Mitarbeiterin Anna Leissing.

Ende September fand zudem ein weiterer Workshop im Rahmen des Capacity-Building Projekts «Fit for Action» statt. Nach einer Einführung ins politische System der Schweiz standen die Themen «Projekte» und «Kampagnen» auf der Agenda. Während zwei Tagen lernten die Teilnehmenden praktische Instrumente der Projektplanung und -umsetzung sowie der Kampagnenarbeit kennen.

**Schweiz/China:** Bis Ende Jahr will die Schweiz als erstes europäisches Land ein Freihandelsabkommen mit China abschliessen. Angesichts der asymmetrischen Verhandlungsposition spielten bei den bisherigen Verhandlungen die Arbeits- und Menschenrechte fast keine Rolle. Verschiedene Organisationen, darunter die GfbV, haben im September den chinesischen Dissidenten Harry Wu eingeladen, um mit ihm über die Lage in den chinesischen Zwangsarbeitslagern zu sprechen. Harry Wu, der selber 19 Jahre in verschiedenen Arbeitslagern interniert war, zeigte sich schockiert darüber, dass die Schweiz angesichts der gravierenden Situation in China ein Freihandelsabkommen abschliessen will. Es dürfe nicht sein, dass durch Zwangsarbeit hergestellte Produkte vom Freihandelsabkommen profitieren und auf dem Schweizer Markt angeboten werden.

## ➤ Nein zur unmenschlichen Revision des Asylgesetzes

Das Parlament hat Ende September das Asylgesetz mit einem dringlichen Bundesbeschluss erneut drastisch verschärft. Die GfbV lehnt die Asylgesetzrevision ab und unterstützt das Referendum gegen die Vorlage. Unterschreiben auch Sie und schicken Sie uns den Unterschriftenbogen zurück.

### Nein zur Abschaffung des Botschaftsasyls

Wer im Ausland verfolgt wird, darf künftig auf der Schweizer Botschaft keinen Asylantrag mehr stellen. Das ist für Verfolgte oft die einzige Möglichkeit, sich in Schutz zu bringen. Die Schweiz untergräbt damit den Schutz der Menschen, die durch Folter und Menschenrechtsverletzungen gefährdet sind.

### Kriegsdienstverweigerung muss weiterhin Asylgrund bleiben

Ein Soldat, der in einem blutigen Konflikt den Kriegsdienst verweigert, soll neu in der Schweiz kein Asyl mehr erhalten. Die Gesetzesrevision bestraft also ausgerechnet diejenigen Kräfte, welche sich der Kriegslogik entziehen. Das ist absurd.

Zudem setzen sich Kriegsdienstverweigerer einem grossen Risiko aus, denn sie werden oft brutal verfolgt – beispielsweise auch in Sri Lanka, in Russland. In vielen Ländern wie Irak, Eritrea oder Äthiopien droht ihnen gar die Todesstrafe.

### Schnellverfahren sind rechtsstaatlich fragwürdig

Seit August werden Asylgesuche aus den Balkanländern im Schnellverfahren behandelt. Teilweise sind die Verfahrensfristen derart kurz, dass ein rechtsstaatlich korrektes Verfahren kaum noch gegeben ist. Die Massnahme richtet sich bislang vor allem gegen die Roma. Nun soll mit der Gesetzesrevision das Schnellverfahren generell eingeführt werden.

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59ff, dass die Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG) (Dringliche Änderungen des Asylgesetzes) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde				
Nr.	Name, Vorname	Genaues Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	ich will KEINE Infos der GfbV (ankreuzen)	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						

### Ablauf der Referendumsfrist: 17. Januar 2013

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ..... (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnte Gemeinde ausüben. Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Eigenhändige Unterschrift: \_\_\_\_\_

Amtliche Eigenschaft: \_\_\_\_\_

Amtsstempel
-------------

**Unterschreiben, Bogen heraustrennen und so rasch als möglich einsenden an: GfbV, Schermenweg 154, 3072 Ostermündigen**

## Service

### Veranstaltungen: Überprüfung der Menschenrechtssituation in der Schweiz

Alle vier Jahre untersucht der UNO-Menschenrechtsrat die Menschenrechtssituation in den 192 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen – im Rahmen der sogenannten «allgemeinen periodischen Überprüfung» (UPR). Auch die Schweiz steht dabei regelmässig auf dem Prüfstand. Anfang November wurden die Empfehlungen an die Schweiz publiziert. Das schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte SKMR informiert im November und Dezember in mehreren Schweizer Städten über die Bedeutung der UPR und sucht die Diskussion mit der Öffentlichkeit. Vorgesehen sind dafür diverse Veranstaltungen, so z.B. in Zürich, Basel, Bern und Freiburg.



Informationen über die Veranstaltungen finden sich auf der Website [www.skmr.ch](http://www.skmr.ch)

### «Escape from Tibet» jetzt auch auf DVD erhältlich

Die Medizinstudentin Johanna (Hannah Herzsprung) reist in den Tibet, um den Achttausender Cho Oyo zu bezwingen. Nach einem Sturz in eine Gletscherspalte entdeckt sie zwei erfrorene Kinder. Von diesem Erlebnis erschüttert, beschliesst sie Tibet zu verlassen. Auf ihrer Reise begibt sie sich in ein tibetisches Kloster, das von chinesischen Soldaten überrannt wird. Diese sind auf der Suche nach dem «goldenen Kind», dem legitimen Nachfolger des Dalai Lama. Mit dem Halbweisen Tempa (Sangay Jäger) schliesst sie sich einer Gruppe von tibetischen Flüchtlingen an, die nach Indien gehen wollen. Doch die chinesischen Verfolger sind der Gruppe dicht auf den Fersen... Im «Escape from Tibet» von Regisseurin Maria Blumenron überzeugen unter anderen auch die beiden Schweizer Schauspieler Carlos Leal und Yangzom Brauen.

DVD «Escape from Tibet – zwischen Himmel und Erde» ist ab 22.11.2012 im Fachhandel erhältlich.

### 6.-9. Dezember 2013 – FilmTage Luzern: Menschenrechte

Vom 6. bis 9. Dezember 2012 finden im stattkino Luzern zum dritten Mal die «FilmTage Luzern: Menschenrechte» statt. Die FilmTage leisten einen Beitrag dazu, Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen in der Öffentlichkeit präsent zu halten. Gleichzeitig rücken sie Menschen und Organisationen ins Blickfeld, die sich weltweit unter schwierigen Umständen für die Einhaltung von Menschenrechten einsetzen. Der inhaltliche Schwerpunkt der FilmTage liegt dieses Jahr auf den sogenannten «Basic Needs». Auf dem Programm stehen Filme, die aufzeigen, wie wichtig es ist, dass menschliche Grundbedürfnisse wie Nahrung, ein Dach über dem Kopf, Bildung, Gesundheit, soziale Kontakte, Anerkennung und Sicherheit befriedigt werden.

Das Programm zu den FilmTagen kann auf der Website des Romerohauses heruntergeladen werden: [www.romerohaus.ch/filmtageluzern](http://www.romerohaus.ch/filmtageluzern)

## Interna: Wechsel auf der GfbV-Geschäftsstelle

Auf der Geschäftsstelle der GfbV gibt es weitere personelle Wechsel zu vermelden. Ende Oktober hat Marcel Bärtschi die GfbV verlassen. Marcel arbeitete während sieben Jahren bei der GfbV und leitete seit Januar 2009 den Bereich «Finanzen und Dienste». Marcel hat den Auf- und Ausbau der Organisation der letzten Jahren hautnah miterlebt und -geprägt, nun orientiert sich Marcel beruflich neu. Wir danken Marcel herzlich für sein unermüdliches Engagement und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute! Seine Nachfolge angetreten hat am 1. November Erika Lerch. Erika ist Treuhand-Expertin und arbeitete zuletzt bei einer Treuhand-Unternehmung. Wir heissen Erika bei uns ganz herzlich willkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Bereits seit Mitte August arbeitet Dominic Rudolf bei uns. Dominic absolviert bei uns die Ausbildung zum Kaufmann EFZ. Anfang September hat zudem Zsuzsanna Zadori ihre Tätigkeit bei der GfbV aufgenommen. Zsuzsanna ist Archivma-

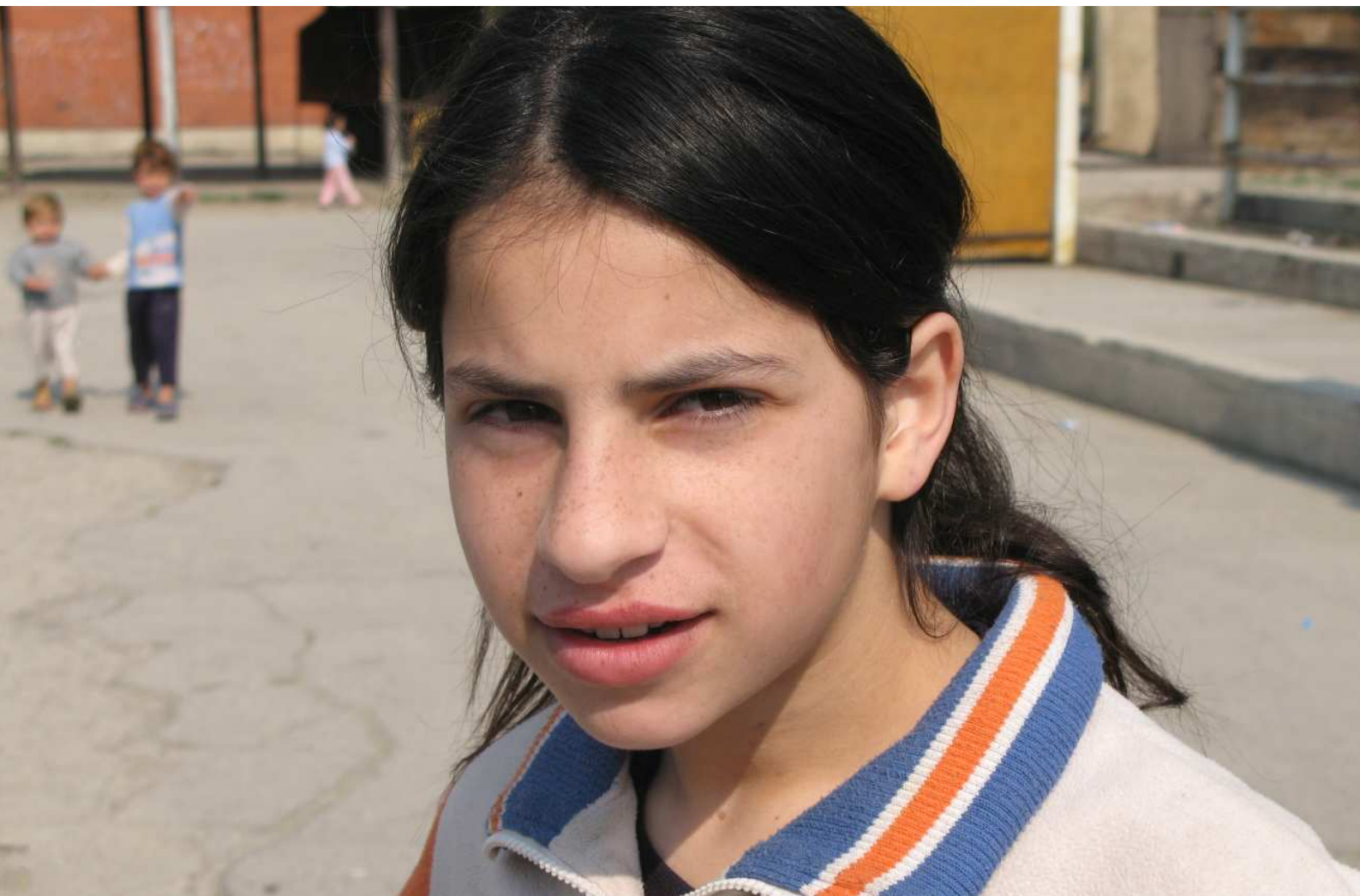
nagerin und kümmert sich bei der GfbV um das Tchetchen Archive. Anfang Oktober ist zudem Nina Frei zu uns gestossen. Sie wird das Capacity Building-Projekt «Fit for action» betreuen. Wir begrüssen Dominic, Zsuzsanna und Nina herzlich bei der GfbV und wünschen allen viel Erfolg!



oben: Marcel Bärtschi, Erika Lerch, Nina Frei  
unten: Zsuzsanna Zadori, Dominic Rudolf

# Eine Stimme für Verfolgte.

[www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)



## ➤ Ja, ich möchte die Gesellschaft für bedrohte Völker unterstützen.

- Ich werde Mitglied und erhalte die Zeitschrift «Voice» (Mitgliederbeitrag ab CHF 60.-)
- Ich möchte meine Mitgliedschaft mittels Lastschriftverfahren begleichen. Bitte senden Sie mir ein entsprechendes Formular.
- Ich möchte der GfbV eine Spende überweisen. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.
- Ich möchte die Zeitschrift «Voice» abonnieren (Jahresbeitrag CHF 30.-)

### Meine Adresse:

Vorname \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### Bitte Talon abtrennen und zurücksenden an:

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Schermenweg 154, CH-3072 Ostermundigen  
T +41 (0)31 939 00 00, F +41 (0)31 939 00 19, E-Mail [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch), [www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch),  
Spendenkonto: Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1